

**Antwort der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
auf die Wahlprüfsteine des StadtElternRates der Stadt Halle (Saale)**

- 1. Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen, um Schüler\*innen im inklusiven Unterricht eine vergleichbare Förderung zuteilwerden zu lassen?**
- 2. Was wollen Sie unternehmen, um die Durchlässigkeit dieses Systems für den Einzelnen zu gewährleisten und wie soll sichergestellt werden, dass auch Schüler\*innen mit Förderbedarf zu vergleichbaren schulischen Abschlüssen gelangen können?**
- 3. Was wollen Sie unternehmen, um diese Benachteiligungen abzubauen und die Integration dieser Schüler\*innen in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern?**

Für uns ist der Anspruch auf eine erfolgreiche Bildung im Regelschulsystem für alle Schüler\*innen verbindlicher Anspruch nicht zuletzt in Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention und eine gesellschaftliche Notwendigkeit zur Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Rahmenbedingungen für die Förderung von Kindern mit festgestelltem Förderbedarf in Regelschulen und insgesamt die Entwicklung inklusiv arbeitender Regelschulen strukturell verbessern. Vor allen werden wir deutlich mehr qualifizierte Pädagog\*innen in multiprofessionellen Teams aus Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeiter\*innen, Schulsozialarbeiter\*innen, Sprachlehrkräfte und ggf. Therapeuten einsetzen. Darüber hinaus werden wir in den Landkreisen und kreisfreien Städten die Schaffung Regionaler Förderzentren ermöglichen, um so einen Übergang vom bisherigen Förderschulsystem zu einem inklusiven Schulsystem zu erreichen. Der wichtigste Beitrag zu mehr Durchlässigkeit ist der Abbau von Grenzen im gegliederten Schulsystem durch eine Ausbreitung des längeren gemeinsamen Lernens und die konsequente Vertiefung inklusiver Arbeit aller Pädagog\*innen an den Regelschulen.

Die jüngsten Daten zeigen, dass Sachsen-Anhalt Schlusslicht bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen ist. Die Ursachen sind vielfältig. Neben überbordender Bürokratie, die den Betroffenen und potentiellen Arbeitgeber\*innen die Einstellung erschweren, muss vor allem die Inklusion im Schulsystem endlich vorangebracht werden. Die in der 7. Wahlperiode vom CDU-Bildungsministerium aufgebauten Hürden müssen beseitigt und die eingeleitete Rückentwicklungen muss gestoppt werden. Inklusion braucht bestimmte personelle und sächliche Rahmenbedingungen, sie braucht aber auch Platz in den Köpfen der Pädagog\*innen und der Eltern. Dafür will DIE LINKE sorgen.

- 4. Halten Sie es in Anbetracht der nun überdeutlich aufgetretenen organisatorischen Probleme für notwendig, in der Ganztagsbetreuung von Kindern in den Klassenstufen 1–6 neue Wege zu gehen? Sehen Sie dabei die Zusammenführung in einem Rechtskreis als eine der notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der organisatorischen Probleme?**

Wir wollen die Horte im Schulgesetz verankern. Dabei ist es uns wichtig, dass die bisherige Trägervielfalt erhalten bleibt. Entsprechende Rahmenbedingungen für einen Übergang außerunterrichtlicher Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschulkindern vom Kinderfördergesetz zum Schulgesetz, die erhebliche Verbesserungen für Kinder und Eltern mit sich bringen, haben wir bereits in der 7. Legislatur vorgestellt. Darüber hinaus wollen wir die personellen

und finanziellen Voraussetzungen schaffen, um Ganztagsangebote an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen bedarfsgerecht auszubauen.

#### **5. Welchen angepassten Bedarf, sehen Sie bei der IT-Ausstattung und entsprechender Schulungen für Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter und natürlich Schüler?**

Um digitale Lernformen künftig für alle nutzbar zu machen, müssen die Schulen schneller Glasfaseranschlüsse für leistungsfähiges Internet erhalten. DIE LINKE will sicherstellen, dass jede/r Schüler\*in über ein internetfähiges Gerät und einen Internetzugang verfügt. Für die Verbesserung des Bildungserfolgs gilt es neben der technischen Ausstattung aber auch, sich mit gesellschaftlichen Grundfragen der Digitalisierung auseinanderzusetzen, die kompetente Nutzung moderner Medien für die Gestaltung von Lernprozessen durch Lehrer\*innen und die digitale Mündigkeit der Schüler\*innen zu entwickeln sowie einen effektiven Datenschutz zu gewährleisten.

Die Schulen brauchen IT-Systeme, die die Arbeit mit frei zugänglichen Bildungsmaterialien uneingeschränkt ermöglichen. Der Entwicklung von Medienkompetenz muss in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte deutlich mehr Raum gegeben werden und vor allem verstärkt Gegenstand in schulinternen Fortbildungen werden, für die den Schulen ausreichend Zeit eingeräumt werden muss.

#### **6. Inwieweit sehen Sie ein solches Konzept als dringend geboten? Was wollen Sie unternehmen, um ein solches Konzept zu entwickeln? Welche Akteure sollten an der Erstellung des Konzeptes mitwirken? Was werden Sie unternehmen, um dieses Konzept zeitnah zu entwickeln?**

Wir halten den jahrelangen Umbau der Schulbildung nach ökonomischen Prinzipien für falsch und wollen diesen stoppen. In den aktuell herausfordernden Zeiten stellt sich die Frage nach Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit für uns einmal mehr. Unser Fokus liegt auf einer stärkeren Betreuung durch pädagogische Fachkräfte, denn ein optimales Lernumfeld braucht Beziehungen zwischen Lernenden und Lehrenden. Diese müssen sowohl im Unterricht in den Schulen als auch im Distanzunterricht gewahrt werden. Dafür braucht es Rahmenbedingungen und Konzepte. In der Tat wurden die letzten Monate nicht genutzt, um an qualifizierten Konzepten zu arbeiten. Vielmehr blieb es in der Verantwortung der einzelnen Schule, auf die schwierige Situation mit entsprechenden Lehr-Lernmethoden zu reagieren. Wir halten es für dringend notwendig, sich einem neuen Verständnis von Schule zu nähern, das auch die Aufnahme neuer Lernformen beinhaltet. Dafür ist der Erfahrungsaustausch in bereits bestehenden Netzwerken mit viel Expertise in der praktischen Umsetzung dringend geboten.

#### **7. Sehen Sie hier nicht auch bei der Sanierung bestehender und Umsetzung neuer Schulgebäude großen Nachholbedarf?**

DIE LINKE sieht sowohl bei der Sanierung als auch bei der Erweiterung vieler Schulgebäude weiterhin einen erheblichen Investitionsbedarf, den die Schulträger meist nicht aus eigener finanzieller Kraft bewältigen können. Eine moderne Schule braucht nicht nur sanierte und gut ausgestattete Räume, sie braucht vor allem genügend Platz. Es gibt zu viele Schulen, die überfüllt sind. Insbesondere in Regionen mit steigenden Schülerzahlen wie z.B. in den beiden Oberzentren in Halle und Magdeburg werden Entscheidungen über die Schaffung zusätzlicher

Kapazitäten unverantwortlich verzögert, so dass Schulen - auch im Zuge von Losverfahren - in unerträglicher Weise ausgelastet werden.

DIE LINKE will hierfür eine Kapazitätsverordnung, die die Schulträger verpflichtet, eine vernünftige Kapazitätsplanung für ihre Schulgebäude zu erarbeiten und rechtzeitig Bauplanungen auf den Weg zu bringen, wenn eine Überbelegung abzusehen ist. Dabei orientieren wir uns an den Anforderungen für die Arbeit in inklusiven Schulen, die u.a. Räume für Teilungsunterricht, Schulsozialarbeit und Ganztagsarbeit einschließen. Barrierefreiheit aller Schulgebäude ist eine unabdingbare Voraussetzung. Auch die Arbeitsbedingungen für Lehrer\*innen müssen verbessert werden.

Bei der rechtzeitigen Planung und Errichtung von Neu- oder Erweiterungsbauten müssen die Schulträger durch ein Schulbauprogramm des Landes unterstützt werden. Außerdem sollen die Kommunen durch eine deutliche Erhöhung der Finanzaufweisungen in die Lage versetzt werden, den Bau- und Sanierungsbedarf an Schulgebäuden zu bewältigen. Bei Neubauten und Grundsanierungen müssen Pädagog\*innen, Schüler\*innen, Eltern und weiterer Partner\*innen der Schulen verbindliche Mitsprache erhalten.

#### **8. Welche notwendigen Maßnahmen werden Sie unternehmen, um die Durchlässigkeit des Schulsystems aus Richtung Sekundarschullaufbahn in Richtung Abitur zu verbessern?**

Die Durchlässigkeit im gegliederten Schulsystem ist völlig unzureichend ausgeprägt. Es gibt sie vor allem in Richtung niedrigerer Schulabschlüsse. Die aktuellen Pläne der Landesregierung, die Zuweisung zum Realschulunterricht ab der 7. Klasse in den Sekundarschulen massiv zu erschweren, lehnen wir als bildungsfeindlich und als einen unverantwortlichen Eingriff in die Bildungschancen und Berufskarrieren tausender Schüler\*innen entschieden ab und werden alles daransetzen, diesen bildungspolitischen Irrweg zu beenden.

Die Durchlässigkeit vom Realschulunterricht zum Abitur lässt sich vor allem dadurch verbessern, dass diese Grenze durch längeres gemeinsames Lernen mindestens deutlich verschoben und mehr und mehr ganz abgebaut wird. Wir wollen dies dadurch erreichen, dass die erfolgreichen Gemeinschaftsschulen so weiter unterstützt und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten so erweitert werden, dass es für noch bestehende Sekundarschulen einen starken Anreiz gibt, sich freiwillig in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln. Gemeinschaftsschulen sollen ein polytechnisches Profil mit einem kontinuierlichen Angebot berufspraktischen Unterrichtanteile spätestens ab Klasse 7 herausbilden und auf dieser Grundlage eine Fachoberstufe (Klassen 11 und 12) einrichten und die vollständige Fachhochschulreife als Abschluss anbieten können. So sollen sie sich zu einer dem Gymnasium gleichwertigen Schulform in einem Schulsystem aus zwei Säulen entwickeln.

#### **9. Werden Sie an der Niveauabsenkung in den Lehrplänen der Sekundar- und Gemeinschaftsschulen festhalten? Wie werden Sie mit den 15 %-tigen Stundenreduzierungen an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen umgehen?**

Die wiederholten Einschnitte in die Lehrkräftezuweisungen und damit in die Stundentafel der Sekundar- und Gemeinschaftsschulen lehnen wir entschieden ab und werden sie rückgängig machen. Der reale Bedarf muss gedeckt und nicht durch fortlaufende Senkungen der Zuweisungen versteckt werden. Diese Entwicklung führt zu einer erheblichen Verschlechterung des

Bildungsangebots und damit des Leistungsniveaus der Schüler\*innen dieser Schulformen und damit zu einer ernststen Bedrohung für deren berufliche Perspektiven.

Die Partei DIE LINKE wird diesen massiven Abbau des Unterrichtsangebotes an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen schnellstmöglich korrigieren und konsequent daran arbeiten, den Personalbestand und die Unterrichtsversorgung spürbar zu verbessern. Längerfristig gibt es dafür nur einen Weg – mehr und bedarfsgerechte Lehrkräfte an den Universitäten des Landes auszubilden. Die Lehrerausbildung an der MLU in Halle und insbesondere an der OvGU in Magdeburg muss zügig und bedarfsgerecht in den Mangelfächern um weitere 500 Erstsemesterplätze (+ 50%) ausgebaut und für die weiterführenden Schulen in einem gemeinsamen Lehramt für die Sekundarstufe I und II (anstelle der getrennten Lehrämter für Gymnasien und Sekundarschulen) zusammengefasst werden. Zwischenzeitlich müssen die Ausschreibungs- und Einstellungsvorgänge vereinfacht und beschleunigt und verstärkt Seiteneinsteiger gewonnen und grundständig qualifiziert werden. Außerdem ist es kurzfristig notwendig, verstärkt Lehrkräfte von den Gymnasien und den Gesamtschulen zur Unterstützung an Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen einzusetzen, um auch kurzfristig einen Ausgleich zu ermöglichen.